

Stellungnahme zum Nachtragshaushalt 2009

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

30.6.2009

man kann die Bedürfnisse einer Stadt und deren Bevölkerung – auch wenn die Gewerbesteuereinnahmen sich im Minusbereich bewegen – nicht einfach ausschalten wie einen Lichtschalter und auf Null stellen. Kindertagesstätten, Schulen, Versorgungseinrichtungen müssen weitergehen. Der Verkehr fordert seinen Tribut, Busse müssen fahren, Strassen unterhalten und Stromkosten bezahlt werden. War der erste Haushaltsentwurf 2009 noch von leichtem Optimismus geprägt, so muss man feststellen, dass der jetzt vorgelegte Entwurf mit tieferer Tinte geschrieben wurde. Aber Sindelfingen befindet sich ohnehin in einer Sondersituation.

Das Paradoxe ist, die städtischen Einnahmen brechen so schnell weg so schnell kann man gar nicht gucken, aber die Anforderungen steigen weiter, zwar langsamer - aber stetig. Ich erinnere nur an die gesetzlich geforderten Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren oder die Ganztagschulen. Pflichtaufgaben kann man nicht einfach liegen lassen, weil kein Geld da ist.

Eine d e r Zukunftsaufgaben des Gesetzgebers wird es sein, die Städte finanziell so auszustatten, dass sie in der Lage sind, die ihnen übertragenen Aufgaben auch zu meistern. Erste zaghafte Versuche, die ertragsorientierte Gewerbesteuer durch eine andere Art der Finanzierung zu ersetzen, gab es ja bereits. Leider waren sie nicht erfolgreich.

Wenn nun aufgrund des Finanzausgleichsgesetzes und der Einwohnerzahlen festgestellt wird, dass Sindelfingen 78,1 Mio. € zur Finanzierung seiner Aufgaben, seiner Pflichtaufgaben wohlgermerkt - zwingend braucht aber nicht hat und letztendlich 45,1 Mio. € Steuereinnahmen schlichtweg fehlen, dann sind das schon keine Alarmzeichen mehr nein wir befinden uns bereits im Zentrum des Problems an dessen Lösung wir arbeiten müssen.

Hier muss die Frage erlaubt sein, sind denn wenigstens die Schlüsselzuweisungen aufgrund mangelnder Steuerkraft vom Land sicher? Seit der Bund maroden Banken Milliarden in den Rachen wirft und damit noch nicht einmal bewirkt, dass sich deren Geschäftsgebaren ändert, scheint unserer Meinung nach alles möglich. Das heißt das Land könnte sich überlegen, den Kopfbetrag pro Einwohner für die Zuweisungen nach mangelnder Steuerkraft nach unten zu ändern.

Die seitherigen Systeme tragen offensichtlich nicht mehr, das zeigen die vielen Insolvenzen, über die wir tagtäglich in den Medien informiert werden. Aber das allerschlimmste werden die wegbrechenden Arbeitsplätze sein. Und damit komme ich zur Einkommenssteuer. Ist diese Einnahmeart denn sicher? Die mittelfristige Finanzplanung ist unserer Meinung nach zu optimistisch und geht noch von einer Steigerung der Einkommensteuer aus? Genauso bezweifeln wir die jährliche Steigerung der Gewerbesteuer um 10 Mio. € jedes Jahr?

Dass wir in diesem Jahr 34,2 Mio. € zu viel erhaltener Gewerbesteuer zurückzahlen müssen, ist klar und dass dazu noch 2,2 Mio. € Zinsen kommen tut besonders weh.

Obwohl der Oberbürgermeister und der Finanzdezernent bereits erklärt haben, dass nichts mehr zu befürchten ist, hätten wir hätten gerne gewusst, wie viel in Summe rückwirkend ab dem Jahr 1990 und diese Jahreszahl meinen wir ganz ernst, Gewerbesteuer von dem einen Steuerzahler bezahlt wurde und ob möglicherweise noch weitere Rückzahlungen zu erwarten sind.

Es ist unserer Ansicht nach nur schwer hinzunehmen, dass wir die Einnahmen aus der Gewerbesteuer kleinerer Betriebe dazu verwenden müssen, Rückzahlungen zu leisten. Diese Rückzahlungen müssen wir auch noch verzinsen und um das Ganze noch zu toppen, weil ein Teil der Rückzahlungen über Kredite abgedeckt werden muss, sind noch einmal Zinsen zu bezahlen. Das ist einfach ärgerlich.

Das Kernproblem dieses Haushalts sind jedoch nicht nur die Rückzahlungen sondern auch die Personalkosten. Sie fallen in diesem Jahr um 776 000,- € steigen bis 2012 aber wieder auf 40 Mio. € an. Nicht berücksichtigt sind dabei jedoch die befristeten Stellen. Nicht berücksichtigt sind die Stellen, die im Haushalt lediglich als Sachkosten oder Zuschuss auftauchen (Stadtjugendring, Glaspalastverein, Kinderschutzbund und Caritas z.B.) und genauso wenig berücksichtigt sind die Stellen in den verschiedenen Zweckverbänden, die wir ebenfalls bezahlen. Wo liegt hier die Lösung? Wir sehen im Augenblick keine. Aber keine Familie kann sich eine Putzfrau leisten, wenn der Vater arbeitslos ist. Bei der geplanten Strukturdebatte im Herbst werden wir mit Sicherheit über Aufgabenabbau zu reden haben. Aber sind wir letztendlich auch bereit die Konsequenzen zu ziehen und Personalabbau zu betreiben? Dahinter setze ich ein dickes Fragezeichen.

Dieser Haushalt wirft mehr Fragen auf, als er Antworten gibt. Warum müssen in diesem Jahr für Aus- und Fortbildung insgesamt 188 400,- € ausgegeben werden. Könnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht einmal das restliche halbe Jahr „un(fort)gebildet“ bleiben oder müssen sie sich bereits wieder mit einem neuen DV-System herumschlagen, dass sie ihre Arbeit schneller, besser und transparenter erledigen können?

Wobei ich bei der Transparenz wäre. Ist es nicht so, dass viele der jetzt vorgenommenen Kürzungen nur das wegnehmen, was im ersten Haushaltshaltsentwurf 2009 drauf gesattelt worden war? Dabei geistern immer wieder 10 % Erhöhung durch die Zahlreihen. Leider müssen wir feststellen, dass eine Analyse der jetzigen Finanzsituation nicht einfacher wird, wenn mit immer wieder anderen Bezugsgrößen argumentiert wird. Mal sind Zahlen aus dem Haushalt 2008, dann wieder aus 2006 oder auch 2007 geeignet zum Vergleich. Unserer Meinung nach genügt es, das Haushaltsjahr 2008 heranzuziehen. Die Schwierigkeit der jetzigen Haushaltssituation haben wir alle längst und verinnerlicht.

Die Verwaltung hat sich sehr viel Mühe gegeben, darzustellen wo gekürzt wurde und wo ganz weggestrichen wurde. Das ist lobenswert. Trotzdem ist unsere Definition der Haushaltsreste eine andere als die der Verwaltung. Wir sind bisher davon ausgegangen, dass Haushaltsreste nur dann gebildet werden, wenn ein Vorhaben in einem Jahr angefangen aber nicht beendet werden konnte, so dass man das bereit gestellte Geld in das neue Haushaltsjahr übertragen konnte. Liegen wir da vollkommen falsch? Jedenfalls bereitet uns die unterschiedliche Art der Kürzungen etwas Kopfzerbrechen, nicht nur weil wir an manchen Stellen gerne andere Schwerpunkte setzen wollen. Bisher hat die Verwaltung Gemeinderatsbeschlüsse für „sakrosankt“ erklärt, hält sich aber an verschiedenen Stellen selbst nicht mehr daran.

Ich habe eingangs gesagt, man kann in einer Stadt nicht einfach den Schalter umlegen und alle Ausgaben auf Null stellen, deswegen möchte ich noch drei Dinge ansprechen. Das ist zum einen die Kreditaufnahme. Wir sind der Auffassung, dass wir in der jetzigen Situation um eine erhebliche Kreditaufnahme nicht herumkommen und dass die einmal genannte Obergrenze von 50 Mio. € nicht einzuhalten ist.

Zum zweiten müssen trotz der für den Herbst angekündigten Strukturdebatte jetzt der eine oder andere Beschluss gefasst werden weil die Notwendigkeit besteht, um größeren Schaden zu vermeiden. Dabei sollten wir uns vor allem davon leiten lassen, nur das zu tun, was den Menschen in unserer Stadt dient.

Ein letztes noch. Es sind noch rund vier Wochen bis zur Sommerpause. Ein neuer Gemeinderat wird eingesetzt. Auch ein neuer/alter Oberbürgermeister. Jetzt noch Purzelbäume zu schlagen und Riesenveränderungen vorzunehmen halten wir nicht für angebracht. Aus unserer Sicht müssen wir im Herbst die Ärmel hochkrempeln, die notwendigen Diskussionen führen und Entscheidungen treffen, die für unsere Stadt die Weichen für die nächsten Jahre stellen werden. Dass dies alles nicht im „Hau-Ruck-Verfahren“ gehen kann und wir unsere Aufgaben sehr gründlich durchleuchten und angehen müssen, steht für uns außer Frage. Wir sind bereit daran mitzuarbeiten, dass die Finanzen unserer Stadt wieder in ruhigeres Fahrwasser kommen.

Ingrid Balzer